



Barclays-Manager Diamond 2010: „Unglaubliche Institution“

BANKEN

„Schäbiger Umgang“

Ein Skandal um manipulierte Zinssätze erschüttert Europas Finanzbranche.

Nach der britischen Barclays rückt nun auch die Deutsche Bank ins Visier der Aufseher. Investoren fordern bereits Schadensersatz.

Bob Diamond wirkte durchaus nervös, als er am Mittwoch vergangener Woche den Vertretern des britischen Volkes gegenüber saß. Tags zuvor hatte er den Chefposten bei der britischen Großbank Barclays räumen müssen. Und auf einmal war der einst so große Bob Diamond doch sehr klein.

Er goss sich Wasser ein, er räusperte sich, wischte sich mit einem Taschentuch den Mund ab. Als er den Mitgliedern des Finanzausschusses im britischen Unterhaus seine Sicht auf den Skandal um Zinsmanipulationen schilderte, der ihn gerade den Job gekostet hatte, wirkte der Banker wie ein uneinsichtiges Kind.

Ja, Barclays-Mitarbeiter hätten verwerflich gehandelt, als sie über Jahre hinweg Zinsen manipulierten. Aber er, Diamond, habe davon nichts gewusst, im Übrigen hätten auch andere Banken ge-

schummelt, erklärte er. „Ich liebe Barclays. Die Geschichte wird Barclays wegen seiner Mitarbeiter als eine unglaubliche Institution beurteilen.“

Wahrscheinlicher ist, dass sich die Geschichtsschreiber an Diamonds Auftritt und die Affäre einmal als Meilenstein beim Niedergang der Investmentbanken erinnern werden.

Fast eine halbe Milliarde Dollar Strafe muss Barclays zahlen, weil Mitarbeiter der Bank über Jahre den London Interbank Offered Rate, kurz: Libor, manipuliert haben sollen (siehe Grafik). Der Zinssatz wird von einer Gruppe internationaler Banken bestimmt, die täglich beim britischen Bankenverband jene Sätze eingeben, zu denen sie kurzfristig bei anderen Instituten Geld leihen können.

Der Zins erscheint auf Bildschirmen von Wertpapierhändlern, Fondsmana-

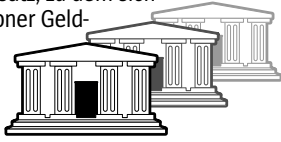
gern und Sparkassendirektoren rund um den Globus. Der Libor ist die Basis für Wertpapiergeschäfte und Kredite im Volumen von mehr als 350 Billionen Dollar. Einer der wichtigsten Schalthebel der Weltwirtschaft ist in die Hände verantwortungsloser Banker geraten. Wieder einmal geht es um Gier und große Egos.

Neben Barclays stehen rund 20 weitere Geldinstitute im Verdacht, zwischen 2005 und 2011 falsche Werte in das Libor-System eingegeben zu haben. Sie haben damit womöglich Anlegern, Kreditnehmern und anderen Kunden Milliarden Schäden zugefügt und das Vertrauen in ihre Branche weiter zerstört.

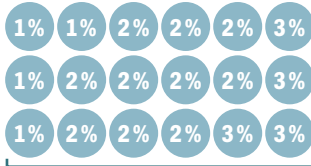
Die Finanzkonzerne müssen sich spätestens jetzt auf eine härtere Regulierung einstellen. Die britische Regierung will das riskante Investmentbanking weitgehend vom übrigen Bankgeschäft trennen,

Spielball der Banken

Der Libor („London Interbank Offered Rate“) ist der durchschnittliche Zinssatz, zu dem sich Banken auf dem Londoner Geldmarkt unbesicherte Kredite gewähren.



Die maßgeblichen Banken melden täglich den Zinssatz, zu dem sie sich Geld beschaffen können.



Daraus wird der Referenzzinssatz Libor ermittelt.

2%

Durch **falsche Angaben der Banken** wurde der Libor manipuliert.

Da dieser ein weltweiter Referenzzins für Finanzprodukte ist, sind riesige Volumina betroffen, darunter:

WERTPAPIERE
350
Billionen Dollar

KREDITE
10
Billionen Dollar



Deutsche-Bank-Chef Jain: Zwei Mitarbeiter wurden bereits suspendiert

ähnliche Pläne gibt es in den USA. Skandale und schrumpfende Gewinne setzen den Geldmanagern zu. „In Aktien von Investmentbanken kann man derzeit nicht investieren, zu viel Mist kommt ständig an die Oberfläche“, sagt einer der führenden Analysten für Bankaktien.

Die Skandale

Schon bevor die Aufsichtsbehörden die erste Strafe in der Libor-Affäre verhängt haben, waren Investmentbanken chronisch in den Schlagzeilen. Im Mai erst war bekannt geworden, dass die US-Großbank JPMorgan Chase mindestens zwei Milliarden Dollar mit riskanten Spekulationsgeschäften verloren hatte.

In Deutschland staunte die Öffentlichkeit über die Chuzpe des Morgan-Stanley-Bankers Dirk Notheis. Das CDU-Mitglied hatte mit seinem Freund, dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus, in aller Stille und am Parlament vorbei den milliardenschweren Kauf des Energieversorgers EnBW eingefädelt.

Und in London, Frankfurt und New York rebellierten zuletzt sogar angelsächsische Großaktionäre gegen den Bonus-Hunger einiger Bankchefs. Deshalb hat die Libor-Manipulation in London, dem Mekka der Hochfinanz, nun einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Mervyn King, Chef der Bank von England, ließ die vornehme britische Zurückhaltung fallen und attackierte die verdorbene „Kultur

und Struktur der Banken, die exzessive Vergütung, den schäbigen Umgang mit Kunden und die betrügerische Manipulation eines Schlüsselzinses“.

Aufsichtsbehörden von der britischen FSA über die amerikanische CFTC bis zur EU-Kommission ermitteln gegen 20 Finanzkonzerne. In vier Fällen halten die Ermittler eine gemeinschaftliche, quasi institutionelle Manipulation für wahrscheinlich.

Nach Angaben aus Finanzkreisen stehen neben Barclays offenbar die britische RBS, die Schweizer UBS sowie die amerikanische Citigroup im Verdacht, systematisch und zum Teil mit Wissen von Führungskräften falsche Zinssätze in die Libor-Berechnung eingespeist zu haben. Zu diesen konkreten Vorwürfen haben sich die Institute bislang nicht geäußert. Die UBS hatte mit Selbstanzeigen die Untersuchungen ins Rollen gebracht.

Bei den übrigen Instituten gehen die Ermittler offenbar davon aus, dass eher einzelne Täter am Werk waren. Wie sie dabei vorgehen, illustrieren E-Mails, die Wertpapierhändler mit den Kollegen austauschten, die Zinssätze für die Libor-Berechnung an den Bankenverband melden.

„Der große Tag ist gekommen“, schreibt im März 2006 ein Derivate-Händler an seinen Libor-Kollegen. Man brauche einen unveränderten Drei-Monats-Zins, „wie immer ist jede Hilfe willkommen“. Er werde den Zins einen Basispunkt niedriger angeben, antwortet der Libor-Mann.

„Wenn ich in den Ruhestand gehe und ein Buch über dieses Geschäft schreibe, wird dein Name in goldenen Lettern gedruckt“, dankt der Händler.

Die Deutsche Bank

Zu den Häusern, die ins Visier der Ermittler geraten sind, zählen die WestLB und die Deutsche Bank. Deutschlands größter Geldkonzern erklärt im jüngsten Quartalsbericht, dass verschiedene Aufsichtsbehörden gegen ihn ermitteln.

Die Bank kooperiere mit den Behörden, darüber hinaus möchte sie sich nicht äußern. „Wenn im Laufe der Ermittlungen bei der Deutschen Bank ähnliche Vergehen sichtbar werden, wie es sie anscheinend bei Barclays gab, muss auch da alles auf den Prüfstand“, sagt Hans-Christoph Hirt von der britischen Aktionärsvertretung Hermes. „Es wäre eine Chance für den neuen Aufsichtsratschef Paul Achleitner, zu beweisen, dass er die von den Aktionären klar artikulierten Sorgen ernst nimmt.“

Die Angelegenheit könnte also unangenehm werden für die neuen Co-Chefs Anshu Jain und Jürgen Fitschen. Seit Monaten lässt die Bank von externen Prüfern untersuchen, ob ihre Händler an Manipulationen beteiligt waren. Zwei Mitarbeiter wurden bereits suspendiert. Sollte sich der Verdacht gegen die Deutsche Bank erhärten, könnte dies das teuerste juristische Erbe aus den Zeiten der Finanzkrise werden, sagt ein Insider. Das

6144

Die EZB soll in Zukunft Europas Banken beaufsichtigen – nur wie?

Mario Draghi weiß, dass es für ihn peinlich werden kann. Beim neuesten Großprojekt der Euro-Zone dürften keine „Risiken für die Reputation“ seiner Europäischen Zentralbank (EZB) entstehen, warnte er deshalb vergangene Woche.

Die Sorge ist begründet: Draghis Leute müssen künftig nicht nur Geldpolitik machen, sondern auch mit auf die Banken der Euro-Zone aufpassen, so der Beschluss des letzten EU-Gipfels. Schon bis Anfang 2013 soll demnach ein neuer, grenzübergreifender „Aufsichtsmechanismus“ geschaffen werden. Nur unter dieser Voraussetzung hatte die deutsche Regierung zugestimmt, dass der dauerhafte Rettungsfonds ESM den Instituten künftig direkt Kapital zuschießen darf.

Doch das Projekt droht zum Desaster zu werden. Den straffen Zeitplan bezeichnen selbst Insider als „ambitioniert“ bis „lächerlich“. Schließlich gibt es bislang in der EZB keinerlei Personal für den Job. Noch dazu hat schon wenige Tage nach dem Gipfel das politische Geschacher begonnen, wie die neue Aufsicht aussehen soll.

Offiziell obliegt es der EU-Kommission, konkrete Vorschläge zu formulieren. Eine Arbeitsgruppe um die Kommissare Michel Barnier, Olli Rehn, Joaquín Almunia und Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat sich bereits formiert – unter Federführung Barniers.

Die EZB werde bei dem Prozess nur „konsultiert“, wie Draghi nicht müde wurde zu betonen. Tatsächlich haben seine Gouverneure längst die Initiative ergriffen: Bei ihrer Ratssitzung am Donnerstag vergangener Woche beschlossen die Notenbanker nicht nur einen historisch niedrigen Leitzins von lediglich noch 0,75 Prozent. Vor allem entschieden sie sich, schnell ein eigenes Konzept für die Bankenaufsicht zu erstellen, das man der Kommission möglichst schon bis September übergeben will.

Die ersten Ideen nämlich, die in der Sache aus Brüssel nach Frankfurt am Main gemeldet wurden, entsprechen ganz und gar nicht der Vorstellung der EZB-Gouverneure. Binnenkommissar Barnier will demnach die neue Bankenaufsicht um die bereits beste-



EZB-Chef Draghi

„Wir müssen pragmatisch sein“

hende „European Banking Authority“ (EBA) herum aufbauen. Deren 65-Mann-Team in London müht sich seit gut einem Jahr, die Arbeit der 27 Aufsichtsbehörden der EU wenigstens ein bisschen zu koordinieren. Barnier will die EBA nun zu einer echten Kontrollbehörde ausbauen – für alle 27 EU-Länder. Die EZB soll von den Londonern nur bestimmte Aufgaben übertragen bekommen, wenn es um die Banken der Euro-Zone geht. Für die Notenbanker ein Alptraum.

Die EBA hat schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens ihren Ruf weitgehend verspielt. Erste Stresstests, die sie unter großem Getöse startete, verliefen chaotisch. Die Probleme der spanischen Finanzindustrie blieben dabei weitgehend unentdeckt.

„Die EBA kann das nicht machen“, heißt es deshalb strikt im EZB-Rat zum Thema Aufsicht. Aber auch unter den Notenbankern gehen die Meinungen über das Wie einer vernünftigen Kontrolle weit auseinander.

Einige Mitglieder sind beispielsweise überzeugt, dass neben der Aufsicht auch gemeinsame Fonds zur Abwicklung von Banken und für die Einlagen der Sparer entstehen müssen. Woher soll sonst das Geld für die Kosten kommen, wenn eine Bank wirklich abgewickelt werden muss? Gemeinsame Geldtöpfe für die Euro-Zone aber lehnt die Bundesregierung kategorisch ab. Beim jüngsten EU-Gipfel wurde das Thema sorgsam ausgespart.

Umstritten ist auch, welche Banken überhaupt überwacht werden sollen. Im Direktorium der EZB will man mit den 25 relevantesten anfangen. Der

französische Notenbankchef Christian Noyer hält das für wirkungslos und wirbt offen für die Kontrolle sämtlicher Kreditinstitute. Das wären 6144. Das sei nur „eine Sache der Organisation“, wiegelt ein Befürworter des Vorschlags ab.

Die praktische Arbeit sollen schließlich auch künftig die Kontrollteams der nationalen Behörden vor Ort übernehmen. In Frankfurt könnte dann etwa ein „Generalsekretär“ mit ein paar Dutzend oder ein paar hundert Mitarbeitern sein Büro haben, dem aus den einzelnen Ländern berichtet wird, lautet eine Idee.

In der Praxis dürfte es bei dieser Kooperation schnell krachen. Die Kontrolle über die heimischen Banken ist ein sensibles Thema. „Was wird Frau Merkel sagen, wenn wir eine deutsche Landesbank schließen wollen?“, fragt ein Insider ironisch.

„Wir müssen sehr pragmatisch sein“, fordert Draghi angesichts des engen Zeitplans. Schließlich sind nun auch andere heikle Fragen im Eilverfahren zu klären: Wie etwa können die Geldpolitiker in der EZB unabhängig bleiben, wenn die Aufseher des Hauses der Politik verantwortlich sind, weil sie am Ende über Steuergelder entscheiden? Und was passiert mit nationalen Behörden wie der deutschen Finanzaufsicht BaFin, die bislang jenseits von Draghis Zuständigkeitsbereich agierten?

„Ich würde die Notwendigkeit, die Dinge schnell zu erledigen, nicht dramatisieren“, sagte Draghi vergangene Woche. Wenn er zwischen „gut gemacht“ und „sofort“ wählen müsse, „würde ich mich auf darauf konzentrieren, dass es ‚gut gemacht‘ wird“.

ANNE SEITH



Londoner Bankenviertel

liegt nicht allein an den Ermittlern, sondern auch an Leuten wie Friedrich von Metzler. Zur Holding des Frankfurter Bankiers gehört eine Kapitalanlagegesellschaft (KAG), die bei einem Gericht in New York eine Schadensersatzklage gegen die Deutsche Bank und andere Institute eingereicht hat. Viele KAG dürften sich anschließen, da sie als Treuhänder ihrer Investoren Ansprüche geltend machen müssen, wenn es einen begründeten Verdacht gibt, dass sie geschädigt wurden.

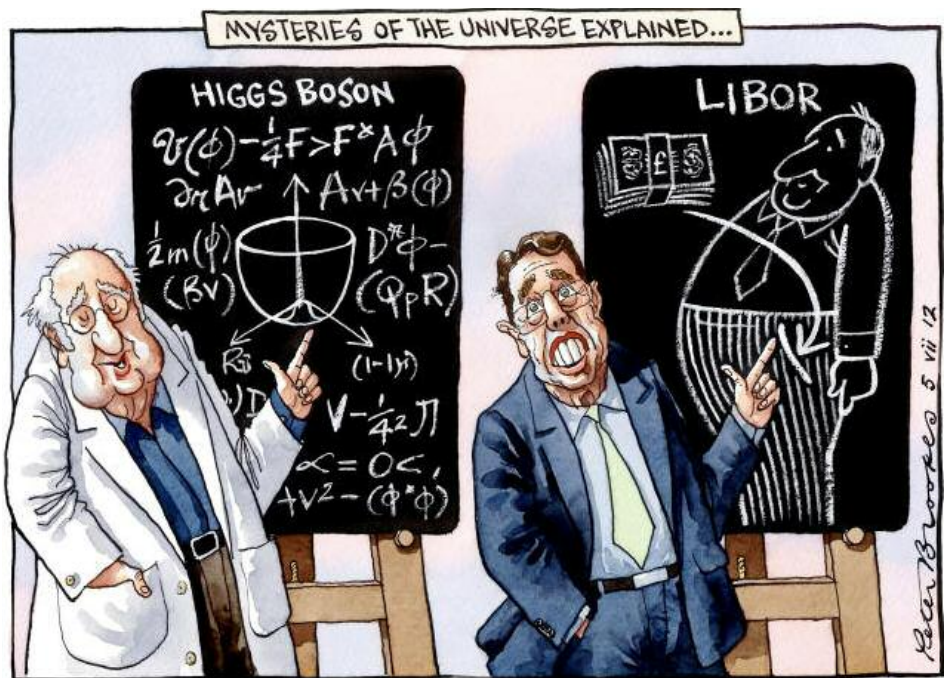
Die Kläger behaupten, die Libor-Banken hätten besonders in der Finanzkrise 2007 und 2008 einen Anreiz gehabt, den Zinssatz nach unten zu drücken. Investoren zweifelten damals an der Stabilität der Banken. Deshalb war den Kreditinstituten daran gelegen, ihre Finanzierungskosten zu niedrig auszuweisen. Die Deutsche Bank hat allerdings stets versichert, zu keinem Zeitpunkt Refinanzierungsprobleme gehabt zu haben.

Wie brisant die genannte Begründung für die Manipulation ist, zeigte sich vergangene Woche. Diamond deutete nach seinem Rücktritt an, die Bank von England habe Barclays womöglich ermuntert, niedrigere Sätze in das Libor-System einzuspeisen. Die Zinssätze müssten „nicht immer so hoch sein wie zuletzt“, habe der heutige Vize-Notenbankchef Paul Tucker im Herbst 2008 erklärt.

In der Anhörung vor dem Unterhaus betonte Diamond aber, er habe Tuckers Aussage nicht als Aufforderung verstanden, den Libor zu manipulieren. Tucker will am Montag dieser Woche seine Sicht der Dinge schildern. Auffällig ist, dass Barclays bis zu Tuckers Äußerungen im Herbst 2008 regelmäßig die höchsten Zinssätze unter den Libor-Banken lieferte, danach aber auf Höhe der anderen lag. Diamond hatte sich im Ausschuss verwundert gezeigt, dass Banken wie die WestLB, die damals schon Probleme gehabt hätten, niedrigere Zinsen auswiesen als Barclays.

Bei der WestLB will man sich zu Diamonds Anspielungen nicht äußern. Man kooperiere mit den Aufsichtsbehörden, erklärte eine Sprecherin lediglich.

Für WestLB, Deutsche Bank und andere Institute könnte es jedenfalls teuer werden,



Karikatur aus der „Times“: Geheimnisse des Universums

PETER BROOKS / THE TIMES

wenn man ihnen Manipulation nachweist. Wenn Libor-Sätze um bis zu 25 Basispunkte verschoben wurden und tatsächlich Geschäfte im Wert von 350 Billionen Dollar betroffen waren, kommen unterm Strich schwindelerregende Forderungen heraus. „Das kann auch Großbanken in den Ruin treiben“, sagt Christoph Kaserer, Kapitalmarktexperte an der Technischen Universität München. Allerdings dürfte sich der tatsächliche Schaden für einzelne Kläger schwer nachweisen lassen.

Druck bekommt die Deutsche Bank auch von der hiesigen Finanzaufsicht BaFin. Sie untersucht, ob deutsche Institute ausreichende Kontrollmechanismen haben, um Zinsmanipulationen zu verhindern oder rasch aufzudecken. Bei der Deutschen Bank hat sie deshalb eine Sonderprüfung veranlasst.

Angriff der Aufseher und Aktionäre

Bald schon dürften die Regulierer den Banken den Libor als Spielzeug wegnehmen. „Das bestehende Verfahren macht es den beteiligten Bankern viel zu leicht, den Referenzzinssatz zu manipulieren, da es auf reine Selbstkontrolle baut“, sagt Andreas Dombret, der im Bundesbank-Vorstand für die Finanzstabilität zuständig ist. „Es ist insofern anfällig für Betrug.“ Man brauche mittelfristig ein neues Verfahren, um Referenzzinsen wie den Libor zu ermitteln. Doch bei der Debatte um den Libor wird es nicht bleiben.

„Die Diskussion über die Regulierung von Banken sollte angesichts des Libor-Falles noch einmal fundamental geführt werden“, sagt Hans-Christoph Hirt von der Aktionärsvertretung Hermes. Unter Investoren wird sogar schon die Frage gestellt, ob es richtig sein kann, einen In-

vestmentbanker an der Spitze einer Universalbank zu haben – wie im Fall Jain bei der Deutschen Bank.

Druck auf die Gewinne

Schon jetzt machen neue Regeln den Investmentbanken das Leben schwer. Sie müssen riskantere Geschäfte mit deutlich mehr Kapital absichern, das schmälert die Rendite.

Jubelte der frühere Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann noch über Kapitalrenditen von 25 Prozent und mehr, mussten sich seine Nachfolger zuletzt mit rund 10 Prozent abfinden.

Wenn die Investmentbanken von dieser Woche an Quartalsergebnisse vorlegen, dürften die Gewinne der meisten deutlich schrumpfen, erwartet eine Mehrheit der Analysten.

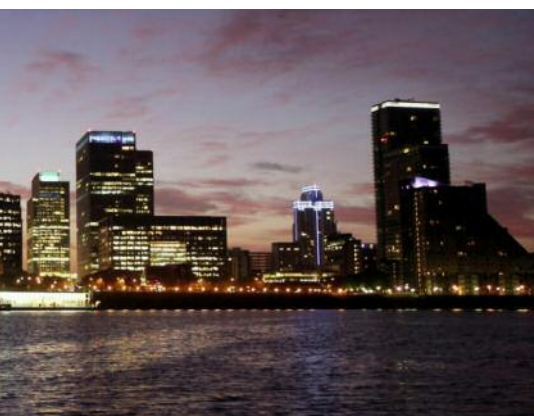
Wie eine Strategie jenseits der üblichen Kostensenkungen aussehen könnte, darum wird in den Konzernen noch gerungen. Zweifelhafte Finanzakrobatik wollen auch Aktionäre nun nicht mehr akzeptieren.

„Die Geschäfte der Investmentbanken haben eine Berechtigung, soweit sie der Realwirtschaft nutzen“, sagt Aktionärsvertreter Hirt. Jain und Fitschen wollen sich im September dazu äußern, wie sie diese Leitlinie interpretieren.

Investmentbanken rühmen sich gern als besonders flexible Organismen. Zuletzt schien die Flexibilität allerdings darin zu bestehen, dass man Zinssätze manipulierte, wenn es eng wurde.

Mit diesem Rezept wird die Geldbranche ihre Vertrauenskrise nicht überwinden. Die Zeit der Diamonds läuft endgültig ab.

MARTIN HESSE



ULL SCHAEFF / GETTY IMAGES